

## **Persönliche Erklärung zum Parteiaustritt bei Bündnis 90/Die Grünen (Juni 2007)**

An den Vorstand des KV Münster und Landesvorstand NRW Bündnis 90/Die Grünen

Mit diesem Schreiben teile ich Euch mit, dass ich mit sofortiger Wirkung aus der Partei und Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen austrete.

Meine Entscheidung möchte ich an dieser Stelle begründen.

Seit 1980 und meiner Unterstützung des Bundestagswahlkampfes von Joseph Beuys und den Grünen stehe ich zu den gewaltfreien, sozialen, ökologischen und basisdemokratischen Zielen der Partei. Ich habe mich nach Mitarbeit in der LAG Energie zudem seit 1989 auch als Mitglied zunächst bei der GAL Münster und dann bei Bündnis 90/Die Grünen in verschiedenen Funktionen, u. a. als Mitglied im Kreisvorstand und im Stadtrat Münsters und zuletzt über neun Jahre als Abgeordneter in NRW dafür engagiert und eingesetzt. Diese Ziele werden von mir nach wie vor unterstützt und ich werde mich auch weiterhin für sie einsetzen. Von diesen ursprünglichen Zielen aber hat sich die Grüne Partei nach meiner Wahrnehmung immer weiter und nun aktuell so weit entfernt, dass ich weder Mitglied bleiben noch die Partei vertreten kann.

Es war für mich ein schmerzlicher Prozess bis hin zur Erkenntnis, dass es bei den Grünen auch jetzt in der Opposition nicht mehr möglich ist, den Kurs der Partei wirklich zu verändern. Aufgrund der Kontroversen mit mir und anderen Linken ist die Situation nicht immer leicht gewesen und ich habe es vielen auch nicht immer leicht gemacht. Doch es ist für mich nicht hinnehmbar, dass Linke bei den Grünen zunehmend in einer Alibi Funktion ohne innerparteilichen Einfluss sind und mit fadenscheinigen Kompromissen abgespeist werden. Andererseits wird Teilen der Öffentlichkeit aber der Eindruck suggeriert, bei den Grünen handle es sich immer noch um eine linke Partei, damit dieses Spektrum an WählerInnen (-Stimmen) nicht verloren geht.

Zuletzt waren auch das Verhalten etlicher Fraktionsmitglieder mir gegenüber und die Vorfälle in der NRW-Landtagsfraktion im Zusammenhang mit dem Subventionsskandal in Gelsenkirchen und der Kritik an meiner Empfehlung für einen Untersuchungsausschuss, enttäuschend. Der Versuch, meine solide und anerkannte Arbeit für Aufklärung und Transparenz zu diskreditieren, ist für mich nicht akzeptabel, war aber für meinen Entschluss nicht entscheidend. Ich betone aber, dass ich bis zuletzt, was ich im Einvernehmen zwischen mir und der Fraktion vertreten konnte, auch solidarisch vertreten habe.

Von mir muss jetzt zur Kenntnis genommen werden, dass Inhalte weitgehend hinter parteistrategischen Aspekten zurückstehen und ich bei den Grünen keine Möglichkeiten mehr sehe, diese Haltung grundlegend zu verändern. Denn die Veränderung ist andauernd und tiefgreifend.

Ich selbst habe mit meinen Möglichkeiten sehr lange mit allem Einsatz und Engagement z.B. durch Anträge, Positionspapiere, Veranstaltungen und Aktionen versucht, innerparteilich den Kurs ernsthaft zu beeinflussen und nach außen politisch wichtige Initiativen voranzutreiben.

Erwähnt seien hier nur drei Beispiele, die aber auch wesentliche Konflikte charakterisieren:

Den Krieg um den Kosovo 1998/99 haben die Grünen damals auf einem Sonderparteitag heftig debattiert. Das Ziel der Gewaltfreiheit wurde durch die Unterstützung des völkerrechtswidrigen Krieges im ehemaligen Jugoslawien, vor dem Hintergrund einer weiteren Regierungsbeteiligung, aufgegeben. Nach längerer Bedenkzeit habe ich mich, aufgrund der Grünen Ziele in anderen Bereichen, damals entschlossen, in der Partei zu bleiben. Dies im Gegensatz zu einigen tausend mir politisch sehr nahestehenden ehemaligen ParteifreundInnen. Auch ich bin dafür immer wieder massiv kritisiert worden, obwohl ich die mehrheitliche Entscheidung der Partei und die Aufgabe des gewaltfreien friedenspolitischen Grundwertes nach wie vor für falsch halte.

Jetzt findet die weiterhin vorhandene Kosovo Problematik bei Grünen, abgesehen von Einzelnen, so gut wie keine Beachtung mehr trotz der inhumanen Abschiebungen von Flüchtlingen aus Deutschland dorthin. Der Grüne Bundesvorstand spricht sich sogar für die Unabhängigkeit des Kosovo aus, obwohl die ethnischen Probleme für serbische Minderheiten und Roma ungelöst sind. Durch mehrmalige, von mir als ehrenamtlichem Vorstandsmitglied einer Flüchtlingsorganisation privat organisierte Reisen nach Serbien und Kosovo, habe ich u.a. versucht auf die Situation aufmerksam zu machen. Diese Erfahrungen haben mir gezeigt, dass dort, wie in der Flüchtlingspolitik und beim Einwanderungsgesetz, weiter massiver Handlungsbedarf auch für Grüne besteht.

Auch der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr war seit 2001 mehrmals Bundesparteitagsthema. Dass von mir initiierte frühzeitige Aufgreifen der Afghanistan-Problematik bereits zu Beginn des Krieges mit dem mir persönlich gut bekannten späteren Außenminister Rangin Dadfar Spanta, war aufgrund seiner damaligen Position der Versuch einer frühzeitigen kritischen Herangehensweise. Aktuell wird von den Grünen in der Opposition, d.h. ohne Not, der auf Militärintervention setzende

Kurs fortgesetzt. Dabei wird Polittaktik jetzt sogar über einen Kriegseinsatz in Afghanistan gestellt, wie beim Tornadobeschluss mehrheitlich geschehen. Deutschland wird so in die militärische Gewaltspirale immer weiter hineingezogen, doch nicht einmal die Grünen diskutieren über eine Exitstrategie. Ein Sonderparteitag dazu wird bis heute vom Bundesvorstand verweigert.

Die weltweiten wirtschaftlichen und Rohstoff-Interessen der Industrienationen werden in der derzeitigen Grünen Außenpolitik, und das sage ich auch als Bergbauingenieur, bei den Grünen immer noch weitgehend außen vor gelassen. Statt Wirtschaftsinteressen im Zusammenhang mit Kriegen zu thematisieren, wird einer Militärlogik Vorschub geleistet, die Grüne zu vorderst mittragen.

Als Drittes, ebenfalls heftig umstrittenes Parteitagsthema, seien die unsozialen Hartz-Gesetze genannt. Nach der Abkehr vom Grundwert der Gewaltfreiheit wurde mit der Agenda 2010 und der damit verbundenen Hartz-Politik auch sozialpolitisch bei den Grünen und in der Bundespolitik eine Wende eingeleitet. Im Zuge der Hartz Gesetze wurden viele Arbeitslosengeld und -hilfe-BezieherInnen deutlich schlechter gestellt, entgegen Aussagen im damaligen Wahlprogramm. Zudem wurde der Spitzensteuersatz gesenkt. Die unsoziale Hartz-Politik, ich verweise hier auch auf den Armutsbericht der Bundesregierung, führte u. a. jetzt zu massiv steigenden Zahlen davon betroffener Kinder.

Mit vielen andere ParteifreundInnen habe auch ich gegen die Hartz-Politik auf dem erst durch eine Basisinitiative vor allem meines, nun ehemaligen, Kreisverbandes Münster durchgesetzten Sonderparteitags in Cottbus, massiv gestritten. Vielleicht erinnert man sich noch: Der aus NRW eingebrachte und von mir dort in der abschließenden Abstimmung vertretene Antrag stand gegen den des Bundesvorstands und unterlag. Ein grundsätzlicher Kursschwenk, weg von Hartz, ist bei den Grünen nicht zu erkennen. Mit einigen Nachbesserungsforderungen wird Hartz bis heute gerechtfertigt. Zudem wird mit der neuen Begrifflichkeit "Grüne Marktwirtschaft" der Kapitalismus vorangetrieben und bei der Rente mit 67 wie auch bei der Unternehmenssteuerreform bleiben die Positionen vage statt auf eine gerechte Arbeitsmarktpolitik zu setzen. Für mich als langjähriges Gewerkschaftsmitglied ist dies zunehmend unerträglicher geworden und ich kann jetzt nur noch die Konsequenz ziehen.

Aktuell findet aus parteitaktischen Gründen bei den Grünen nun eine weitere grundlegende Zielverschiebung statt, dies unter der Prämisse der Öffnung der Partei nach allen Seiten und der Option zukünftiger schwarz-grüner Koalitionen oder der sogenannten "Jamaica" Koalition. Statt

einer klaren inhaltlichen Oppositionspolitik, auf die viele in unserer Partei, wie auch ich, nach der verlorenen Landtagswahl in NRW und dem Verlust der Regierungsbeteiligung in Berlin gehofft hatten, wird ohne den Druck einer Koalition jetzt eine politische, aber auch inhaltliche Rolle als "Regierungspartei im Wartestand" eingenommen und sachpolitische Annäherungspolitik vor allem an die CDU betrieben. Dies anstatt klar "Grün pur" zu formulieren und zu vertreten. Vereinzelte Äußerungen aus der Partei, wie zuletzt in NRW, es gäbe keine Option für schwarz-grün wird von der realpolitischen Praxis konterkariert, wo auf derartige Perspektiven gerade hingearbeitet wird.

Rot-grün hatte bereits zwischen 1998 und 2005 die angebotsorientierte Wirtschafts- und Steuerpolitik der Kohl Regierung, deren Prämisse die Entlastung der Unternehmen ist, weitgehend fortgesetzt. Nun sollen in der Wirtschaftspolitik, Stichwort "Grüne Marktwirtschaft", die Akzente noch stärker in Richtung Wirtschaftsliberalismus verschoben werden, ohne die negativen Konsequenzen ausreichend zu berücksichtigen. Daran wirkt auch die sogenannte "Regierungslinke" bei den Grünen mit, da sie die "Grüne Marktwirtschaft" nicht grundsätzlich in Frage stellt. Gerade die ökologische und klimaschädigende Dimension der herrschenden Marktwirtschaft sollte für Grüne im Zentrum der Kritik stehen. Es muss meiner Auffassung nach für alle Linken gelten, dass soziale, ökologische und humane Anliegen gegen eine mit teilweise totalitärem Gestaltungsanspruch auftretende kapitalistische Ökonomie weltweit agierender Konzerne zu verteidigen sind. Die Grünen weichen von ehemals linken Positionen aber immer mehr ab und orientieren sich zunehmend am Mainstream.

Gleichzeitig werden markt- und globalisierungskritische Bewegungen und Gruppen wie Attac, wo ich seit Jahren Mitglied bin, massiv von der Grünen Bundesspitze kritisiert. So wird sich von ihnen distanziert, wie dies im Vorfeld des G-8 Gipfels in Deutschland geschehen ist. Anstatt wie in früheren Jahren Basisbewegungen zu unterstützen und Themen parlamentarisch aufzugreifen, wird so gerade die Spaltung von einem solidarischen und dringend notwendigen friedlichen Widerstand auf und von der Straße, vorangetrieben.

Die abgrenzende Kritik der Grünen Spitze macht auch bei der friedenspolitischen Ostermarsch-Bewegung keinen Halt, wodurch der Eindruck noch verstärkt wird, dass Grüne sich von Basisinitiativen abwenden. Politische Inhalte und Positionen kritisch zu hinterfragen, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen und realistische, an Menschen orientierte Antworten zu geben, halte ich für dringend notwendig und muss auch als ein Maßstab für mögliche BündnispartnerInnen gelten. Der praktizierte Kritikstil der Parteispitze erweckt aber den Eindruck von abgehobener Bestimmungsdialektik.

Wenn auch der politische Diskurs, der einmal einer der Stärken der Grünen war, nicht nur zunehmend abhanden kommt, sondern auch innerparteilich einer fragwürdigen Disziplinierung Platz macht und damit rein machtpolitischen Interessen unterworfen wird, ist es auch mit der innerparteilichen Demokratie nicht mehr zum Besten gestellt. Basisdemokratische Prinzipien und Beschlüsse werden absurd, wenn wie dies bei der Bundesdelegiertenkonferenz in Köln zur Afghanistanpolitik mit dem Beschluss gegen eine Ausdehnung des Mandats auf den Süden geschehen ist, dann vom Bundesvorsitzenden und der Mehrheit der Bundestagsfraktion ins Gegenteil verkehrt werden und einem Tornadoeinsatz im Süden zugestimmt wird.

Meine Grundwerte und politischen Inhalte sind und bleiben im besten Sinne grün. Deshalb werde ich auch in Zukunft für sie eintreten, mich weiterhin engagiert einsetzen und mein Mandat weiter ausüben, wie im Landeswahlgesetz vorgesehen. Von der Partei Bündnis 90/Die Grünen sehe ich viele und wesentliche Punkte nicht mehr vertreten, was auch in der Vergangenheit schon viele FreundInnen veranlasst hat, die Partei zu verlassen.

Mein persönliches Fazit ist: Echte Linke sind bei den Grünen heimatlos geworden.

Wer meine Auffassung teilt oder dies so ähnlich sieht, kann mich gerne ansprechen und ich bin gerne bereit nicht nur weiterhin eine kritische Debatte zu führen, sondern auch weiter politisch zusammen zu arbeiten.

Eine andere Welt ist möglich - eine andere Politik ist nötig.

Alles bleibt anders, doch der Mensch bleibt Mensch...

Glück auf !

Rüdiger Sagel